

Friedenskoordination

Berlin

c/o Laura von Wimmersperg Hauptstr. 37 10827 Berlin fon/fax 030 - 782 33 82

WAHLPRÜFSTEINE VON GRUPPEN DER BERLINER FRIEDENSBEWEGUNG

Die Friedensbewegung versteht sich als eine außerparlamentarische Kraft, deren Anliegen es ist, alles dafür zu tun, die Menschen, die in diesem Lande leben, auf die Gefahr hinzuweisen, die ihnen von Militarisierung und Aufrüstung droht.

Wir leben in einer Welt, die unfriedlicher und unsicherer geworden ist. Androhung und Ausübung von militärischer Gewalt sind verstärkt wieder zu einem gängigen Mittel internationaler Politik geworden. Es wird aufgerüstet. Das öffentliche Leben wird militarisiert. Demokratie wird abgebaut. Bestehendes Recht wird immer umfangreicher und immer unverfrorener gebrochen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Situation. Darum fragen wir eindringlich, welche Haltungen die Parteien, die sich zu dieser vorgezogenen Bundestagswahl zur Wahl stellen, zu den verschiedenen Aspekten der Friedensfrage einnehmen, welche konkreten Vorstellungen sie für eine künftige Friedenspolitik haben.

Unsere Hauptfragen an sie sind:

Was wollen Sie tun,

- **damit Prinzipien von friedlicher Konfliktregulierung in der Politik an die erste Stelle treten?**
- **damit nicht, wie es aktuell geschieht, Milliarden in den Aufbau und Einsatz von Interventionsarmeen und die weitere Militarisierung des Weltalls gesteckt, sondern diese Mittel in den wirtschaftlichen Aufbau und soziale Projekte investiert werden, um den Konflikten ihre ökonomische Grundlage zu entziehen?**

Die Beantwortung dieser Fragen muss auf mehreren politischen Ebenen erfolgen.

I. Internationale Politik / UNO

Die UNO wird ihrem Gründungsauftrag immer weniger gerecht. Es existieren ernst zu nehmende Bestrebungen, eine UNO-Reform durchzusetzen, in der militärische Gewalt eine größere Rolle spielt als bisher, bis hin zur Legalisierung von Präventivkriegen.

Aktuell häuft sich die Zahl von Aggressionskriegen, die von der UNO toleriert statt verurteilt werden, wie es die UN-Charta verlangt.

Was werden Sie tun, damit die UN-Charta erhalten bleibt und angewendet wird?

Massenvernichtungswaffen atomarer, biologischer und chemischer Art bedrohen nach wie vor die Existenz der Menschheit.

Atomwaffen werden weiter mit der Maßgabe produziert, sie auch als Präventivwaffen in einem Krieg einsetzen zu können.

Was werden Sie unternehmen, damit Entwicklung, Produktion, Besitz und Weitergabe solcher Waffen international geächtet und für alle Staaten dieser Erde verboten werden?

Von den vielen Krisenherden und Kriegsschauplätzen in der Welt ist der Nahe Osten seit langem Schauplatz schwerster Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht.

Was werden Sie tun, um die Verwirklichung der UN-Resolutionen zu Palästina/Israel durchzusetzen?

Was werden Sie tun, um Besetzung und Terror im Irak zu beenden?

II. Europa

Wir befinden uns zur Zeit europaweit in der Auseinandersetzung um die Annahme einer Verfassung für Europa, in der eine aggressive Politik als Verfassungsauftrag der Gemeinschaft festgeschrieben werden soll.

Aufrüstung und militärische Forschung werden dort von jedem Mitgliedsstaat der Gemeinschaft ausdrücklich gefordert.

Eine „Europäische Sicherheitspolitik“ ist formuliert worden, die auf globalen Einsatz europäischer Militärkräfte orientiert.

Es wurden bereits europaweite Rüstungskonzerne geschaffen. Damit ist ein europäischer militärisch-industrieller Komplex im Entstehen.

Eine Europaarmee befindet sich im Aufbau.

Was werden Sie unternehmen,

- **damit diese europäische Verfassung nicht in Kraft gesetzt und stattdessen ein neuer Verfassungsentwurf erarbeitet wird, in dem friedliche Konfliktlösung an erster Stelle steht,**
- **damit die bestehenden Rüstungskonzerne aufgelöst bzw. entflochten werden und eine Neubildung solcher Kapitalgesellschaften zukünftig verhindert wird,**
- **damit eine defensive europäische Sicherheitskonzeption erarbeitet wird und die bestehenden militärischen Strukturen entsprechend umgebaut werden?**

III. die Bundesrepublik Deutschland

Kapitalgesellschaften, die sich zur Durchsetzung ihrer Konzernpolitik auf Deutschland als einer wiedererstarkten europäischen Hegemonialmacht mit weltweiten Interventionsansprüchen orientieren, melden ein Interesse auf eine militärische Absicherung ihres freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten weltweit an.

In diesem Zusammenhang wurde wie bereits zweimal in der jüngeren deutschen Geschichte staatlicherseits eine entsprechende aggressive Militärdoktrin ausgearbeitet.¹

Eine direkte bzw. mittelbare Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen ist inzwischen zum Bestandteil der Politik der Bundesregierung geworden (z.B. der Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien, Absicherung des Überfalls auf Afghanistan). Die Bundesrepublik hat in der letzten Zeit wiederholt Angriffskriege unterstützt und damit letzten Endes möglich gemacht, auch wenn die öffentliche und offizielle Sprachregelung eine andere gewesen ist (z.B. „Absicherung der Geländegewinne“ der US-Verbände in Afghanistan, „logistische Unterstützung“ für den letzten Überfall auf den Irak).

Besonders besorgniserregend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die Bundeswehr nach wie vor ein Traditionsverständnis pflegt, das die faschistische Deutsche Wehrmacht einschließt (z.B. Namen von Kasernen, Auftritt von Bundeswehrgeneralen bei Treffen von Traditionsverbänden der Wehrmacht).

Was werden Sie unternehmen, diese Militärdoktrin außer Kraft zu setzen und statt dessen für den Umbau einer Bundeswehr entsprechend dem ursprünglichen Auftrag des Grundgesetzes² zu sorgen?

¹ „(8) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“...lautet die Formulierung in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 dazu. Die aktuelle Sprachregelung ist geschmeidiger, aber vom Wesen her nicht anders.

„(9) Das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands ist durch veränderte Risiken und neue Chancen gekennzeichnet. Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr hat sich grundlegend gewandelt.

(57) Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen“.

² Art. 87a (1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.

Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Angaben der Waffenhandelsstatistik des Internationalen Friedensforschungsinstituts Stockholm (SIPRI) der viertgrößte Waffenexporteur weltweit.

Was werden Sie unternehmen, damit diese Art von Geschäften mit dem Morden prinzipiell und grundsätzlich unterbunden wird?

Auf dem Territorium der Bundesrepublik lagern nach wie vor Atomwaffen der US-Armee mit einer Zerstörungskraft, die die Bombe über Hiroshima 1000fach übersteigt.

Im Zuge der „nuklearen Teilhabe“ würden sie darüber hinaus im Kriegsfall auf Nato-Einsatzbefehl in deutschen Flugzeugen von deutschen Piloten transportiert.

Was werden Sie unternehmen, damit diese Waffen umgehend vom Territorium der BRD abgezogen werden?

Darüber hinaus existieren auf dem Territorium der BRD eine Vielzahl von Stäben, Standorten, sowie logistischen Einrichtungen von Armeen, die in der letzten Zeit an Aggressionskriegen beteiligt waren und von denen zu erwarten ist, dass sie diese Politik fortsetzen werden.

Was werden Sie tun, damit diese Einrichtungen auf deutschem Territorium sofort aufgelöst werden?

Wir in der Friedensbewegung haben die Erfahrung gemacht, dass, wenn eine Partei erst einmal gewählt wurde, sie ihren Schwerpunkt sehr schnell in der parlamentarischen Arbeit sieht.

Unsere Erfahrung ist aber auch, dass Friedensfragen nicht an Parlamente und Parlamentsausschüsse delegieren werden dürfen.

Friedensfragen können nur ernsthaft behandelt werden, wenn sie vom Interesse der Bevölkerung eines jeden Landes nach Frieden getragen und immer wieder eingefordert werden.

Was werden Sie tun, um Ihre Verbindung zur Friedensbewegung als einer außerparlamentarischen Bewegung zu entwickeln und sie bei ihrer friedenspolitischen Arbeit zu unterstützen?

In diesem Zusammenhang bieten wir Ihnen die Diskussion mit der Friedensbewegung an und laden Sie hiermit zu einem ständigen Dialog mit uns ein.